

## „Working class is back“\*

Seit Anfang des Jahres 2023 rollt eine Welle von Streiks und politischen Massendemonstrationen durch Westeuropa. Es handelt sich dabei in einigen Ländern um die heftigsten Auseinandersetzungen der Gewerkschaften mit den Kapitalisten sowie mit den Regierungen ihrer Länder seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Durch den globalen Finanzmarktkapitalismus, durch die erfolgreiche „Gegen-Revolution“ des Neoliberalismus und durch die darin eingeschlossenen Veränderungen der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen wurden Gewerkschaften in ganz Europa enorm geschwächt. Sie mussten durch „raue See“<sup>1</sup> gehen. Ihre strukturelle, organisatorische und ideologische Macht verminderte sich deutlich<sup>2</sup>, während gleichzeitig die sozialistischen und kommunistischen Parteien in eine tiefe Krise gerieten.

In Großbritannien streikten am 1. Februar 2023 eine halbe Million Menschen, überwiegend aus dem öffentlichen Dienst.<sup>3</sup> Sie protestierten gegen

die Folgen der Inflation und die Austeritätspolitik der konservativen Regierung. Seitdem konzentrieren sich die Streikbewegungen auf den nationalen Gesundheitssektor (NHS), wo PflegerInnen, AmbulanzfahrerInnen und ÄrztInnen seitdem bis heute im Mittelpunkt des Streikgeschehens stehen. Sie werden durch Streiks von LehrerInnen, BBC-JournalistInnen und vielen anderen Berufsgruppen – selbst von PolizistInnen und Finanzbeamten – unterstützt. Es geht dabei nicht allein um kräftige Lohnforderungen. „Aufgestaute Wut“ entlädt sich auch gegen steigende Mieten, Energiepreise und Zinsen. Die Kämpfe richten sich zugleich gegen katastrophale Arbeitsbedingungen im Bereich des Gesundheitswesens, gegen den Notstand bei den Pflegeberufen und der Kinderbetreuung, gegen die Unterausstattung der Schulen und anderer Institutionen des Bildungswesens, gegen Defizite im Bereich der Infrastruktur und des Verkehrswesens.

Hier explodieren die Widersprüche, die sich seit mehreren Jahrzehnten durch die neoliberale Politik der Privatisierung und Marktliberalisierung, durch den Abbau des Sozialstaates und durch die Schwäche der Gewerkschaften und der politischen Linken zugespitzt haben. Aus Portugal (wo die Sozialisten mit absoluter Mehrheit regieren) wird von massiven Arbeitskämpfen nicht nur der LehrerInnen an den Schulen berichtet – ebenso aus Griechenland, Belgien und anderen EU-Staaten. In Deutschland steht die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di seit Jahresbeginn in harten Tarifaueinandersetzungen im Bereich der Post, des öffentlichen Dienstes und des Einzelhandels; die Eisenbahnerge-

---

\* Ich widme diesen Text dem Andenken an Otto König, den ehemaligen Bevollmächtigter der IG Metall Verwaltungsstelle Hattlingen und Mitherausgeber der Zeitschrift „Sozialismus“ und des „Forum Gewerkschaften“, der am 31. März 2023 verstorben ist.

<sup>1</sup> Vgl. u. a. Steffen Lehdorff, Heiner Dribbusch, Thorsten Schulten: Rough Waters. European Trade Unions in a Time of Crisis, Brussels, European Trade Union Institute, 2017.

<sup>2</sup> Vgl. Ullrich Brinkmann u.a.: Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms, Wiesbaden 2008.

<sup>3</sup> Vgl. dazu den Beitrag von Dieter Reinisch in diesem Heft, S. 121ff.

werkschaft (EVG) und ver.di haben im März per Warnstreik den Schienen- und Flugverkehr im ganzen Land lahm gelegt.<sup>4</sup> In diesen Auseinandersetzungen stehen oft junge Kolleginnen aus dem Gesundheitswesen, aber auch aus den Kitas und Schulen an vorderster Front. In Marburg und Gießen wurde das privatisierte Universitätsklinikum durch einen dreiwöchigen Streik gezwungen, einem „Entlastungstarifvertrag“ zuzustimmen.

Politisches Zentrum dieser Klassenkämpfe ist derzeit Frankreich, wo eine von den Gewerkschaften geführte breite politische Bewegung von politischen Massenstreiks gegen die Rentenpolitik des Staatspräsident Macron – inzwischen ein offener politischer Machtkampf – anhält.<sup>5</sup> Dieser richtet sich auch dagegen, dass Macron mit der Inkraftsetzung der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 64 Jahre das Parlament ausgeschaltet hat. Er bediente sich dabei eines Artikels aus der Verfassung der V. Republik, die im Jahre 1958 als Präsidialverfassung (offen für ein bonapartistisches „Notstandsregime“) für den Machtantritt des Generals De Gaulle installiert worden war. Dieser ließ sich seine Entscheidungen durch Plebiszite bestätigen!

Im langen Zyklus der neoliberalen Hegemonie, der in den 90er Jahren seinen Höhepunkt erreicht hatte, zeichnet sich seit etwa 2000 ein Niedergang – vor allem aber ein Verfall der Zustimmung „von unten“ – ab. Materielle Basis dafür ist die Entfaltung der inneren Widersprüche der

neoliberalen Herrschaftskonstellation: ökonomische und soziale Krisen, Instabilität des Finanzsektors, zunehmende soziale Ungleichheit, die Herausforderungen durch die Umwelt- und Klimakrise, durch Massenmigration und die globale Ausbreitung von Epidemien. Seit 2021 sind die Risiken der De-Globalisierung in den Vordergrund getreten – die Nationalstaaten werden aufgewertet, erweisen sich aber als unfähig, erfolgreich der „Vielfachkrise“ oder „Zangenkrise“ zu begegnen.

Nach der großen Finanzkrise der Jahre 2008/09 entwickelten sich weltweit Protestbewegungen: vom arabischen Frühling über Europa („Podemos“ u.a.) bis in die USA („Occupy Wall Street“)<sup>6</sup>. Die punktuell erfolgreichen Kampagnen der Sozialisten Jeremy Corbyn in GB und von Bernie Sanders in den USA wurden vor allem von jungen Menschen unterstützt, die es richtig fanden, die Kapitalismuskritik mit einem Programm („For the Many, not the Few“) zu verbinden, das sich als „working class politics“ klar gegen Rassismus und Nationalismus stellt und konkrete Maßnahmen im Kampf gegen soziale Ungleichheit, sozialen Abstieg sowie gegen den Klimawandel einfordert. Sie ernteten breite Zustimmung für die Forderung, dass die Macht für die Bürger von den Eliten zurückgewonnen werden muss.

Diese Welle erschöpfte sich schnell. Sie wurde im arabischen Raum mit brutaler Gewalt unterdrückt – politische Erfolge (z.B. Podemos) erwiesen sich als wenig überzeugend und instabil. Inzwischen hat sich aber in der

<sup>4</sup> Vgl. den Beitrag von Fanny Zeise in diesem Heft, S. 117ff.

<sup>5</sup> Vgl. dazu den Beitrag von Sebastian Chwala in diesem Heft, S. 128ff.

<sup>6</sup> Vgl. u.a. Paul Mason: *Why it's Kicking Off Everywhere. The New Global Revolutions*, London / New York 2012.

Folge der Massenmigration, der Corona-Pandemie und des Ukrainekrieges die soziale Lage der subalternen Volksklassen weiter verschlechtert. Die Inflation – vor allem die steigenden Preise für Mieten, Energie und Grundnahrungsmittel – hat jetzt die Gewerkschaften zurückgebracht. Deren elementare Aufgabe besteht zunächst einmal darin, über den Lohn die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft zu sichern. In jedem Land folgen diese Kämpfe eigenen Regeln und Traditionen. Dennoch ist es die Verbindung dieser elementaren Interessenlage mit der Erfahrung der sozialen Ungleichheit, der Krise der staatlichen Institutionen im Bereich der gesellschaftlichen Reproduktion (Bildung, Infrastruktur, Gesundheit, Alterssicherung etc.), die den Charakter dieser jüngsten Welle von Klassenkämpfen auszeichnet.

Die Spezifik dieser Kämpfe besteht darin, dass sie nicht durch die industrielle Arbeiterklasse (z.B. der Automobilarbeiter, die in den 70er Jahren an der Spitze standen), sondern von Schichten der Lohnabhängigen getragen werden, die im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen arbeiten. Dort waren Gewerkschaften traditionell schwächer, mussten in den letzten Jahren vielfach neu aufgebaut werden. Der Anteil der Frauen, aber auch von prekären Beschäftigungsverhältnissen ist hier vielfach besonders hoch. Die Strukturveränderungen in der Zusammensetzung der Arbeiterklasse, die sich in den letzten Jahrzehnten der Großen Transformation vollzogen haben, reflektieren sich nunmehr also auch im Profil der Klassenkämpfe selbst.

Darüber hinaus richten sich ihre For-

derungen vielfach an den Staat bzw. an die Regierung. Die Kämpfe finden in den Staatsapparaten selbst statt. Das betrifft dann nicht allein die Entlohnung von Pflegeberufen, BusfahrerInnen, LehrerInnen, Feuerwehrleuten, PolizistInnen usw., sondern auch die finanzielle Ausstattung der Institutionen, in denen sie arbeiten, mit staatlichen Mitteln, die nicht nur die Löhne der dort Arbeitenden, sondern auch deren Arbeitsbedingungen und nicht zuletzt die Qualität der Leistungen (z. B. im Gesundheitswesen oder in den Schulen) verbessern.

Hier also stoßen wir auf den politischen Kern und die Spezifik der großen Streikbewegungen des Jahres 2023. Sie werden durch die Inflation angetrieben, stellen aber auch gleichzeitig die Prioritäten des kapitalistischen Staates bei der Bewältigung der Krisen unserer Zeit infrage: die Priorität der Rüstungsausgaben im Gefolge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine auf der einen, das Ausbalancieren zwischen der Energiewende im Zeichen des Ausstiegs aus fossilen Energieträgern („grüner Kapitalismus“) und der notwendigen Ausdehnung staatlicher Finanzierung im Bereich der Reproduktion, der Gesundheit, der Infrastruktur und des Bildungswesens auf der anderen Seite. Dazu kommen die notwendigen Ausgaben in den Bereichen Innovation, Forschung und Wissenschaft, die durch die globale Konkurrenz um die Beherrschung der „digitalen Revolution“ erzwungen werden. Die Auseinandersetzungen um solche Prioritäten (unter dem Titel „Schuldenbremse, ja oder nein“) finden nicht nur in der Regierung statt. Sie werden auch durch die im Zuge des krisenhaften

Verfalls der neoliberalen Hegemonie steigende Staatsverschuldung und die Instabilität der internationalen Finanzmärkte belastet. Hier berühren sich die Forderungen der Gewerkschaften mit den Forderungen der Klimabewegung, aber auch mit denen der Friedensbewegung. Es wäre Aufgabe einer politischen Linken, diesen politischen Kern der Kämpfe – verbunden mit einer Kritik des Kapitalismus, die über diesen hinaus denkt – in den Mittelpunkt ihrer Kampagnen innerhalb und außerhalb der Parlamente zu stellen. Für die Gewerkschaften wird es eine entscheidende Frage sein, ob und wie es ihnen gelingt, ein Abflauen der spontanen – durch Wut angetriebenen – Streikbereitschaft zu verhindern. Wichtiges Ziel bleibt, in diesen Kämpfen auch die Organisationen zu stabilisieren, viele neue Mitglieder zu gewinnen, um dabei über den Tag hinaus strukturelle Macht – auf dem Arbeitsmarkt sowie bei der Verteilung des Sozialprodukts, schließlich auch mit Blick auf die Prioritäten der Regierungspolitik – zurückzugewinnen.

*Frank Deppe*

## **Klimapolitik in Kriegszeiten**

Deutschland hat voriges Jahr sein Klimaziel erreicht, die Treibhausgasemissionen sanken um 1,9 Prozent. Allerdings müssen sie bis 2030 nun jährlich um sechs Prozent sinken!<sup>1</sup> Dabei ist es bereits jetzt fraglich, ob

<sup>1</sup> <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/uba-prognose-treibhausgasemissionen-sanken-2022-um>.

das Ziel des Pariser Klimaabkommens, die Erderhitzung möglichst bei unter 1,5 Grad aufzuhalten, damit erreicht werden kann. Die letzten beiden IPCC-Berichte (2018, 2021-23) gehen davon aus, dass die meisten optimistischen Szenarien wenigstens zeitweise die 1,5 Grad überschreiten werden. Und sogar dann muss inzwischen einberechnet werden, dass auch Maßnahmen zum Entfernen des Kohlendioxids aus der Luft und sein sicheres Wegspeichern verwirklicht werden müssen. Damit hat sich die Idee des eigentlich unverantwortbaren Climate Engineering hinterrücks eingeschlichen, ohne dass wir eine gesellschaftliche Debatte darüber führen würden.

Wir bräuchten einen „Paradigmenwechsel“ hatte voriges Jahr ein Expertenrat für Klimafragen in seinem ersten Zweijahresgutachten<sup>2</sup> festgestellt. So scharf sind noch nicht mal die „Klimakleber“ von der „Letzten Generation“, die lediglich das 9-Euro-Ticket und ein Tempolimit auf Autobahnen fordern. Was heißt „Paradigmenwechsel“ eigentlich? Beim Weltklimarat haben sie auch gemerkt, dass eine Umstellung der Energiebasis von fossilen auf erneuerbare Energien nicht ausreicht, sondern dass es „transformatorische Änderungen der Produktionsprozesse“ braucht und eine „Koordinierung der gesamten Wertschöpfungskette“ und damit „disruptive Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur“<sup>3</sup>. Und im neuen Be-

<sup>2</sup> [https://expertenrat-klima.de/content/uploads/2022/11/ERK2022\\_Zweijahresgutachten.pdf](https://expertenrat-klima.de/content/uploads/2022/11/ERK2022_Zweijahresgutachten.pdf)

<sup>3</sup> Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), AR 6, WG III, Climate Change 2022, Mitigation of Climate Change. Summary for Policymakers, 2022.

richt an den Club of Rome mit dem Titel „Earth for all. Ein Survivalguide für unseren Planeten“ werden als die wichtigsten der notwendigen „Fünf Kehrtwenden“ das Ende der Armut und die Beseitigung der eklatanten Ungleichheit genannt.<sup>4</sup> Diese Argumentation, bei der es eben nicht bloß um die Energietechnik, sondern um gesellschaftliche Fragen geht, teilt auch der eben genannte Zweijahresbericht: „Klimapolitik wäre dann nicht mehr überwiegend Emissions-Minderungs-politik, sondern zunehmend Wirtschafts- und Sozialpolitik unter den neuen Rahmenbedingungen der harten Mengengrenze“.

Das sind nun alles nicht gerade revolutionäre Quellen, aber sie zeigen, wie stark sachliche Argumente in die Richtung deuten, dass es auf einen Systemwechsel ankommt. Aber stattdessen geht's nun wieder ganz heiß her: Kriegshetze und Militarisierung bekommen seit Kriegsbeginn in der Ukraine einen ungeahnten Aufschwung. Schon vorher (für 2017) war der CO<sub>2</sub>-Ausstoß des US-Militärs mit 59 Millionen Tonnen ungefähr so groß wie die Gesamt-Emissionen Schwedens (mit 50,9 Millionen Tonnen). Die globalen Emissionen von Rüstungsindustrie und Militär sollen 5 Prozent des gesamten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes ausmachen.<sup>5</sup>

Der Ukrainekrieg wie auch alle ande-

ren Kriege auf der Welt sind schon menschlich eine absolute Katastrophe. Gleichzeitig verhindern sie vernünftige Vereinbarungen zu einem humanen und ökologischen Systemwechsel und verprassen Ressourcen, die anderswo dringend gebraucht würden. Im Jahr 2020 wurden weltweit 1.981 Milliarden US-Dollar für Militär und Rüstung ausgegeben – für Klimaschutz und Anpassung im selben Zeitraum 321 Milliarden an öffentlichen Ausgaben und noch mal 632 Milliarden im privaten Sektor, also insgesamt etwa die Hälfte.<sup>6</sup> Um das Ziel von 1,5 Grad maximaler global-durchschnittlicher Temperaturerhöhung noch einhalten zu können, werden schätzungsweise 3.800 Milliarden Dollar benötigt, also etwa das Doppelte der Militärausgaben. Auch wenn der Klimaschutz nicht wirklich nur mit Geld erkaufte werden kann, sondern strukturelle gesellschaftliche Veränderungen braucht, zeigt dies eine verhängnisvolle Schiefelage.

Der Klimawandel wird häufig als Risikomultiplikator für Spannungen in aller Welt bezeichnet. Krieg jedoch verunmöglicht Klimaschutz auf ganzer Front. Eine Wiederbelebung fossiler Energieträger anlässlich des Ukrainekrieges erleben wir gerade. Wenigstens zeigte sich auch, dass durchaus Energie gespart werden kann – leider oft in den Wohnungen der ärmeren Menschen. Es geht bei beiden Problemfeldern ums Ganze! Schon früher waren die großspurigen „Klimapakete“ der Bundesregierung nur Klima-Päckchen und nach und nach geht es immer weiter in den Krebsgang. Die aktuellen Beschlüsse

<sup>4</sup> Dixon-Declève, Sandrine; Gaffney, Owen; Ghosh, Jayati; Randers, Jørgen; Rockström, Johan; Stoknes, Per Espen (2022): Earth for all. Ein Survivalguide für unseren Planeten. Der neue Bericht an den Club of Rome, 50 Jahre nach „Die Grenzen des Wachstums“. München: oekom verlag.

<sup>5</sup> <https://www.derstandard.de/story/2000139703791/wie-sehr-krieg-und-ruestung-dem-klima-schaden>.

<sup>6</sup> <https://at.scientists4future.org/2021/11/09/die-staaten-der-welt-geben-sechs-mal-so-viel-fur-militar-aus-wie-fur-klimaschutz/>

des Koalitionsausschusses mit einem Zurück zu Verbrenner-Motoren sind da nur ein weiteres trauriges Kapitel. Ein weiteres Aufweichen der Ziele besteht darin, dass nicht mehr jeder Sektor einzeln seine Emissionsminderungen nachweisen muss, sondern dass sie zwischen Sektoren verrechnet werden können. Zwar ist es der Natur (fast) egal, woher die Emissionen kommen, aber diese Verrechnung verhindert eine präzise Zielstellung und -verantwortung in den einzelnen Sektoren.

Die Pläne zur Beschleunigung von Autobahnvorhaben erinnern mich wieder an die „Letzte Generation“. Eine Forderung der „Letzten Generation“ hatte ich vorhin unterschlagen: Sie fordern auch einen „Gesellschaftsrat“ zu der Frage, wie wir bis 2030 Nullemissionen erreichen. Wenn wenigstens das von der EU neu angestrebte Ziel, im Jahr 2030 45% erneuerbare Energien (am Bruttoenergieverbrauch) zu haben, durchgesetzt werden soll, werden auch hierfür dringend Diskussionsforen mit mehr oder minder z.B. über Windenergieanlagen besorgten Mitmenschen benötigt. Der Misserfolg des Volksentscheids *Klimaneutral 2030* in Berlin lässt aufhorchen! Die „Letzte Generation“ schafft sogenannte Erregungskorridore. Diese Erregung ging beim Volksentscheid eher nach hinten los. Aber umso wichtiger ist es, immer wieder übers „Ganze“ zu reden. Darüber, wie eine Welt ohne Krieg und Climate Engineering und -kollaps möglich wird.

*Annette Schlemm*

## **„Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“ (– im Ausland)**

Vor Jahrzehnten war das eine oft gehörte Parole, wenn Antifaschisten wieder einmal bei ihren Protesten gegen die NPD oder andere neofaschistische Gruppierungen auf die bundesdeutsche Polizei trafen, die ihre Hauptaufgabe darin sah, die Versammlung der Nazis durchzusetzen.

Trotz solcher Polizeieinsätze organisierten Antifaschisten immer wieder Massenproteste bis hin zu Blockadeaktionen, die dazu beitrugen, dass offenen faschistische Aufmärsche in der letzten Zeit deutlich kleiner ausfielen als noch vor einigen Jahren. Seit es gelungen ist, solche Aufmärsche, wie beispielsweise zum 13. Februar in Dresden effektiv zu verhindern, verlagern sich neofaschistische Aktivitäten zur Rehabilitierung des Hitlerfaschismus zunehmend ins europäische Ausland. So marschieren in jedem Jahr im März SS-Veteranen und ihre ideologischen Freunde in Riga anlässlich des lettischen Nationalfeiertags, an dem die faschistischen Kollaborateure als „Kämpfer für die Unabhängigkeit Lettlands“ gefeiert werden. Anfang Februar erinnert in Ungarn die „Magyar Garda“ mit einer „Gedenkwanderung“ an den Ausbruchversuch der SS, Wehrmacht und ungarischer Kollaborateure im Jahre 1945 aus der Einkesselung Budapests durch die Rote Armee. Und Ende Februar findet in Sofia zur Erinnerung an einen faschistischen Kollaborateur der „Lukov-Marsch“ statt. Vergleichbare geschichtsrevisionistische Aktionen gibt es in Spanien unter der Federfüh-

rung der VOX-Partei, in Italien organisiert von der Casa Pound oder von Kroatien aus als „Gedenken“ an die Kollaborateure in der Haftstätte in Bleiburg (Österreich). Da bei solchen Aufmärschen die faschistische Tradition allzu offen propagiert wird, gibt es teilweise formelle Verbote durch die Staatsorgane, wenngleich solche Einschränkungen, wie in den vergangenen Jahren mehrfach in Ungarn erlebt, durch Gerichte wieder aufgehoben wurden bzw. die Aktionen mit Auflagen durchgeführt werden konnten.

Gegen diesen Geschichtsrevisionismus zeigt sich in den jeweiligen Ländern zivilgesellschaftlicher Widerstand. Zumeist sind es keine Massenbewegungen, dennoch reagieren die Sicherheitskräfte mit deutlicher Härte gegen die Antifaschisten. In Lettland werden Protestierenden als Russland-Freunde denunziert und von Polizei und Geheimdiensten überwacht. In Ungarn und Bulgarien werden die Aufmärsche der Neonazis von der Polizei gesichert. Da sich immer wieder Delegationen deutscher und österreichischer Neonazis an den Aufmärschen in Budapest und Sofia beteiligten, unterstützen die VVN-BdA, die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), aber auch autonome Antifa-Gruppen die Protestaktionen vor Ort.

Dass solche antifaschistische Solidarität von den Staatsorganen nicht geschätzt wird, mussten im Jahr 2015 Vertreter der VVN-BdA erleben, als ihre Einreise nach Lettland – entgegen allen Regeln der europäischen Freizügigkeit – polizeilich behindert wurde. Fünf Mitglieder, darunter der Bundesgeschäftsführer, wurden in Riga

stundenlang festgehalten, schikaniert und nach Litauen abgeschoben. Die Bundesvorsitzende wurde bereits am Hamburger Flughafen von einer lettischen Fluggesellschaft abgewiesen.

In diesem Jahr war zu erleben, dass deutsche Sicherheitsorgane nicht nur Schützenhilfe für lettische, ungarische und bulgarische Stellen leisteten, sondern selbst aktiv wurden. Am 24. Februar 2023 wurde Florian Gutsche, Bundesvorsitzender der VVN-BdA, am Berliner Flughafen von Beamten der Bundespolizei im Rahmen einer offensichtlich vorbereiteten Aktion abgefangen. Gutsche war auf dem Weg nach Bulgarien, wo er als Beobachter an internationalen Protesten gegen den faschistischen „Lukov-Marsch“ in Sofia teilnehmen wollte. Er wurde zwei Stunden festgehalten und befragt, sein Gepäck durchsucht und mit einer „Ausreiseuntersagung“ wieder entlassen. Sie beinhaltete die Drohung, dass man ihn bei Zuwiderhandlung „in Gewahrsam nehmen“ und strafrechtlich verfolgen werde. Das Ausreiseverbot wurde im Rahmen des Passgesetzes für jegliche Auslandsreise an dem Wochenende erlassen. Die Verfügung wurde damit begründet, dass damit zu rechnen sei, dass Gutsche „das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland erheblich schädigen“ würde. Ohne jeden Beleg wurde ihm pauschal unterstellt an gewalttätigen Auseinandersetzungen im Ausland teilnehmen zu wollen. Politisch verantwortlich für ein solches Ausreiseverbot ist übrigens Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) als oberste Dienstherrin der Bundespolizei.

Natürlich protestierte die VVN-BdA gegen diesen Grundrechtseingriff und

die Versuche der deutschen Polizei, Antifa-Proteste jetzt sogar im Ausland zu behindern. Man werde auch weiterhin nach allen Kräften befreundete antifaschistische und zivilgesellschaftliche Gruppen in Osteuropa unterstützen.

Diese Aktion der Bundespolizei steht wahrscheinlich im Zusammenhang mit einer Kampagne ungarischer Neonazis und der Springerpresse. Anfang Februar 2023 war es in Budapest im Vorfeld des neofaschistischen Aufmarsches zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung gekommen. Nach Veröffentlichung eines Videos auf einem ungarischen neofaschistischen Internet-Portal, welches unmittelbar danach durch die BILD-Zeitung im deutschsprachigen Raum verbreitet wurde, verdächtigte die ungarische Polizei ausländische Antifaschisten, daran beteiligt zu sein. Mehrere Personen wurden festgenommen und sind seit längerer Zeit in Untersuchungshaft. Mitte März konnte man dann aus der BILD-Zeitung erfahren, dass die Landeskriminalämter Sachsen und Thüringen Wohnungen in Leipzig und Jena bei ihrer Jagd auf Antifaschisten durchsucht hatten, die angeblich an diesen Aktionen beteiligt waren.

Solch „vorausseilender Gehorsam“ deutscher Sicherheitsorgane zur Behinderung antifaschistischer Proteste in Europa und die Konstruktion eines Feindbildes „terroristische Antifa“ in Deutschland konterkariert alle vollmundigen Erklärungen der sozialdemokratischen Innenministerin zu ihrem „Kampf gegen den Rechtsextremismus“.

*Ulrich Schneider*

## „Feministische Außenpolitik“

2014 stellte die damalige schwedische Außenministerin Margot Wallström das erste Konzept für eine sogenannte „feminist“ foreign policy (FFP) vor. Mit der neuen Regierung verabschiedete sich der aktuelle Außenminister Tobias Billström im Jahr 2022 wieder davon. Doch in der Zwischenzeit übernahmen zahlreiche weitere Staaten eine „feministische“ Außenpolitik mit unterschiedlichen Konzepten oder kündigten eine solche Absicht an: Auf Schweden (2014) folgten Kanada (2017), Frankreich (2019), Mexiko (2020), Spanien (2021), Luxemburg (2021), Chile (2022), Kolumbien (2022) und Liberia (2022).<sup>1</sup>

Im März 2023 veröffentlichte das Auswärtige Amt (AA) seine Leitlinien für eine FFP. Diese übernehmen das Drei-„R“-Konzept von Wallström: Rechte, Repräsentanz und Ressourcen stehen dabei im Zentrum. Zu den Rechten heißt es: „Wir setzen uns dafür ein, dass die Rechte von Frauen und Mädchen weltweit geachtet und gefördert werden.“<sup>2</sup> Bei Repräsentanz geht es um die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Gesellschaftsbereichen, u.a. durch mehr Frauen und marginalisierte Gruppen in der Außenpolitik. Und zu guter Letzt sollen Frauen und marginalisierte Gruppen den gleichen Zugang zu finanziellen, personellen und natürli-

<sup>1</sup> Feminist foreign policies: An introduction, unwomen.org, September 2022.

<sup>2</sup> Auswärtiges Amt: Feministische Außenpolitik gestalten. Leitlinien des Auswärtigen Amtes, auswaertiges-amt.de, Februar 2023.

chen Ressourcen und auch immateriellen Ressourcen haben. Was progressiv klingt, ist eine verschleiernde Legitimationsstrategie der imperialistischen Außenpolitik der BRD. Es ist zynisch, dass das AA in überheblicher und kolonialer Manier die Rechtsrahmen anderer Staaten hinsichtlich der Rechte von Frauen und marginalisierten Gruppen beeinflussen will. Gleichzeitig fördert es schließlich auch das tödliche EU-Grenzregime, durch das Frauen während ihrer kriminalisierten Migration in die EU sexualisierter Gewalt ausgesetzt sind (u.a. in EU-finanzierten Folterlagern in Libyen), in die Zwangsprostitution getrieben werden und ihr Leben beispielsweise auf der Überfahrt übers Mittelmeer riskieren. Das AA besitzt die Dreistigkeit, zu behaupten, sich für einen gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen einsetzen zu wollen, während es asymmetrische Handelsverträge abschließt und Extraktivismus im Globalen Süden vorantreibt.

Diese oberflächliche, liberale und imperiale Form von Feminismus versucht Frauen an die Spitze der Strukturen von Unterdrückung zu stellen, anstatt für die Abschaffung dieser Strukturen zu plädieren.

Entsprechend militaristisch sind die Leitlinien des AA: Gleich auf den ersten Seiten heißt es, eine „feministische Außenpolitik“ sei nicht gleichbedeutend mit Pazifismus, denn Russlands Krieg in der Ukraine zeige, dass Menschenleben auch mit militärischen Mitteln geschützt werden müssten. Zwar heißt es in den Leitlinien, „Wir kämpfen gegen sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt in bewaffneten Konflikten.“ Damit lehnen aber die Leitlinien nicht Krieg ab,

sondern wollen ihn ‚gender friendly‘ machen. In der Debatte um bewaffnete Drohnen und autonome Waffen, schreibt die antimilitaristische Aktivistin und Autorin Ray Acheson, wird das Argument verwendet, Roboter würden nicht vergewaltigen. Doch „autonome Waffensysteme können die Schwelle für die Anwendung von Gewalt herabsetzen, was dazu führt, dass immer mehr Gemeinschaften in Situationen geraten, in denen sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt in der gesamten Gesellschaft zunehmen dürfte.“<sup>3</sup> Weiter wird in den Leitlinien behauptet: „Wir stärken die humanitäre Rüstungskontrolle und treten für eine sichere Welt ohne Atomwaffen ein.“ Doch faktisch ist die Bundesregierung bislang nicht dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beigetreten, akzeptiert weiterhin die Stationierung und bevorstehende Modernisierung von US-amerikanischen Atomwaffen in Büchel und beschafft nun F35-Kampffjets für die Bundeswehr, die auch Atomsprengköpfe transportieren und abwerfen können. Zudem liefert die BRD Waffen an Kriegsparteien, wie z.B. die Ukraine oder Saudi-Arabien<sup>4</sup>, und sorgt damit für eine Verlängerung der Kriegshandlungen. Im Jahr 2022 brach die Bundesregierung militaristische Rekorde: Mit dem 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr schuf die Bundesre-

<sup>3</sup> Ray Acheson: Autonomous Weapons and Gender Based Violence, Women’s International League for Peace and Freedom with support from the Campaign to Stop Killer Robots, automatedresearch.org, 2020. Eigene Übersetzung.

<sup>4</sup> Deutschland genehmigt deutlich mehr Rüstungsgüter nach Saudi-Arabien, zeit.de, 19.3.2023.

gierung das größte Aufrüstungspaket und erzielte den zweithöchsten Wert an Rüstungsexporten in der Geschichte der BRD.<sup>5</sup> Militarismus fördert die Idee der Dominanz durch Gewalt und kann somit nicht feministisch sein, denn Feminismus lehnt Gewalt zur Durchsetzung sozialer Kontrolle ab. Zudem verschlimmert die Aufrüstungswelle die größten Probleme unserer Zeit: die Klimakrise, das Massenartensterben und die Gefahr eines Atomkrieges. Immer wieder versuchen Unternehmen und Politiker\*innen, die Brutalität des Kapitalismus und der Kriege durch die Verwendung progressiver Sprache zu verschleiern, um deren emanzipatorisches Potenzial zu untergraben und für sich zu nutzen. So setzte sich die Kolonialmacht Frankreich mit „Entschleierungskampagnen“ in Algerien für die „Emanzipation“ der algerischen Frauen ein oder die britische Kolonialmacht kritisierte die Witwenverbrennung in Indien. Gayatri Chakravorty Spivak hebt das zugrunde liegende koloniale Denkmuster mit der pointierten Beschreibung „weiße Männer retten braune Frauen vor braunen Männern“<sup>6</sup> hervor. Auch der Krieg in Afghanistan „diente“ der „Befreiung“ der afghanischen Frauen. Bis heute instrumentalisiert die Bundesregierung die Rechte der Frauen in Afghanistan und gefährdet sie. Nachdem die Taliban Ende 2022 verkündeten, Frauen nur noch sehr einge-

schränkt für NGOs arbeiten zu lassen, plante Außenministerin Baerbock, die Hilfen im Bereich der Ernährungssicherheit für Afghanistan zu kürzen. Treffend fasst die Sozialwissenschaftlerin Jasamin Ulfat-Seddiqzai in einem Kommentar zur FFP zusammen: „Frauen und Kinder hungern zu lassen, um den Taliban Feminismus beizubringen, ist aber nicht feministisch, sondern schlicht und ergreifend unmenschlich.“<sup>7</sup> Wichtig bleibt für die sozialen, emanzipatorischen Bewegungen, nicht auf die progressive Sprache des Auswärtigen Amtes reinzufallen, sondern an den grundlegenden Ideen des Feminismus und damit zusammenhängend des Antimilitarismus festzuhalten und die Instrumentalisierung von Frauenrechten und marginalisierter Gruppen anzuklagen. Feminismus heißt Antimilitarismus.

*Jacqueline Andres*

<sup>5</sup> Rüstungsexporte 2022 bei 8,35 Milliarden Euro, zdf.de, 27.12.2022.

<sup>6</sup> Gayatri Chakravorty Spivak: „Can the Subaltern Speak?“ in: Cary Nelson und Lawrence Grossberg (Hrsg.): *Marxism and the Interpretation of Culture*, Basingstoke: Macmillan, S. 271–313. 1988.

<sup>7</sup> Jasamin Ulfat-Seddiqzai: Kommentar zur Feministischen Außenpolitik, Leitlinien ohne notwendigen Kurswechsel, Online: deutschlandfunkkultur.de, 6.3.2023.